

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Veranstaltung: Tagesblatt Rieser
St. Pauli Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weizen.

Postfachkonto: Dresden 1330
Poststraße Rieser Nr. 12.

Nr. 288.

Montag, 6. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Sichte Tarife. Bewilligter Rabatt erstlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Jahrgangs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verteilungseinrichtungen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gießstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Verhandlungen der Außenminister in Genf. — Die Völkerbundsratstagung.

Stresemanns Ankunft in Genf.

* Genf. Reichsminister Dr. Stresemann, Staatssekretär von Schubert und der Ministerialdirektor Dr. Gaus sind zur Teilnahme an der heute Montag beginnenden Ratstagung Sonntagabend kurz nach 9 Uhr in Genf eingetroffen und wieder im Hotel Metropole abgesehen. In ihrem Empfang hatten sich der deutsche Untergeneralsekretär Gustav Dufour-Heronce, der deutsche Generalkonsul Uhlmann, ferner Regierungsrat Herber als Vertreter des Deutschen Senatspräsidenten Dr. Gaus und eine größere Anzahl Pressevertreter am Bahnhofe eingefunden.

Genf. Gestern vormittag um neun Uhr fand der amtliche Außenminister Chamberlain, der französische Außenminister Briand, der polnische Außenminister Jaleski und der belgische Außenminister Vanderveelde in Genf eingetroffen, die während der letzten Tage in Paris Vorverhandlungen für die kommende Ratstagung geführt haben. Gestern abend ist bereits eine italienische Delegation unter Führung des Senatspräsidenten Scialoja sowie der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš hier angekommen. In Begleitung Chamberlains befindet sich dessen Gemahlin Lady Chamberlain.

Wie nunmehr feststeht, wird auf der heute beginnenden Ratstagung der belgische Außenminister Vanderveelde den Vorsitz führen. Man rechnet damit, daß der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der ursprünglich bereits auf dieser Tagung den Vorsitz führen sollte, den Vorsitz auf der Ratstagung einnehmen wird. Doch dürfte dies von den kommenden Verhandlungen abhängig sein. Auf der morgen beginnenden Ratstagung sind die Außenminister von 17 Ländern anwesend: England ist durch Chamberlain, Frankreich durch Briand, Deutschland durch Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Belgien durch Vanderveelde, Polen durch Jaleski, die Tschechoslowakei durch Dr. Beneš und Holland durch den Außenminister Dr. Karnebeek vertreten. Italien wird durch den Senator Scialoja vertreten. China durch den römischen Gesandten Chaoh-shu-oh, Japan durch den Grafen Aihii, Chile durch Monte Wille, Columbien durch Krutia, San Salvador durch Guereca und Rumänien durch den Londoner Botschafter Titulescu. Man rechnet weiter damit, daß die Verhandlungen des Völkerbundes bis zum Sonntagabend dauern werden. Da die Tagesordnung nur wenige bedeutungsvolle Punkte enthält, so wird man, wie verlautet, in den nachgehenden Völkerbundtreffen eine Ausdehnung der Tagesordnung vorsehen, um den anwesenden Außenministern ausreichende Gelegenheit zu den Verhandlungen zu geben.

Erste Unterredung Stresemanns mit Briand und Chamberlain.

Genf, 5. Dezember. Im Laufe des Sonntags fand die erste Unterredung zwischen einzelnen Mitgliedern der Ratstagung statt, von denen sieben, nämlich Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Holland, Tschechoslowakei und Polen, durch ihre Minister der auswärtigen Angelegenheiten vertreten sind. Nach einer längeren Unterredung zwischen Vanderveelde und Chamberlain hatte am Nachmittag Reichsminister Dr. Stresemann beim Tee mit Briand eine 1/2stündige Besprechung.

Nach 6 Uhr abends begab sich Dr. Stresemann zu Chamberlain, mit dem er zwei Stunden einen Gedankenaustausch pflegte. Ueber die Gesichtspunkte, die bei diesen Unterredungen eine Rolle spielen, bewahren die Staatsmänner Stillschweigen. Immerhin ließ Briand bei einem Presseempfang erkennen, daß nach seiner Auffassung für die Frage der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland die morgen in Paris wieder zusammenzutretende Botschafterkonferenz zuständig ist. Eine Verbindung der Frage der Militärkontrolle mit dem vom Völkerbundsrat im September 1924 genehmigten, aber von Deutschland inzwischen unter Berufung auf Artikel 213 des Versailler Vertrages angefochtenen Untersuchungsprogramm scheint dem französischen Minister des Auswärtigen im Rahmen der Tagesordnung der morgen beginnenden Ratstagung nicht nur möglich, sondern erwünscht. Er glaubt, daß eine Uebereinkunft über diese beiden Punkte bei beiderseitigem gutem Willen möglich wäre.

Genf. Obwohl strenges Stillschweigen über den Inhalt der Verhandlungen Dr. Stresemanns mit Chamberlain und Briand bewahrt wird, kann daraus hingewiesen werden, daß es deutscherseits von größter Bedeutung war, zunächst festzustellen, wie weit die Pariser Botschafterkonferenz tatsächlich eine Front der alliierten Außenminister ergeben hat und in welcher Richtung nunmehr die Absichten der Alliierten in Bezug auf die Aufhebung der Militärkontrolle sowie die Durchführung des Untersuchungsprogramms verlaufen. Wie erklärt wird, bilden die Verhandlungen am Sonntag nur den Auftakt zu weiteren fortlaufenden Beratungen, zu denen in den nächsten Tagen ausreichend Zeit sein dürfte, da die offiziellen Sitzungen des Völkerbundes in den nächsten Tagen nur wenig Zeit in Anspruch nehmen werden. In unterrichteten Kreisen wird der am heutigen Montag zusammenzutretenden Botschafterkonferenz in Paris große Bedeutung beigemessen. Es verlautet nunmehr, daß von alliierter Seite die Aufhebung der interalliierten Militärkontrollkommission zu einem gewissen Zeitpunkt erwogen wird, um dann das Untersuchungsprogramm des Völkerbundes in seiner gegenwärtigen Form möglichst unbeschränkt sofort in Kraft setzen zu können.

wogen wird, um dann das Untersuchungsprogramm des Völkerbundes in seiner gegenwärtigen Form möglichst unbeschränkt sofort in Kraft setzen zu können.

Briand über Militärkontrolle u. Investigation.

Genf, 6. Dezember. Im Laufe des Sonntags abend empfing Briand die Presse. Er lehnte es ab, nähere Auskunft über die Beratung mit Dr. Stresemann zu geben, betonte jedoch, daß es sich zunächst nur um eine einleitende Besprechung gehandelt habe, an die sich in der nächsten Zeit eine Reihe von weiteren Zusammenkünften anschließen würde. Auf eine Frage, ob die Aufhebung der deutschen Militärkontrolle im Rat zur Behandlung gelangen würde, betonte Briand, daß diese Frage ausschließlich der Kompetenz der Botschafterkonferenz anheimfalle. Eine Verbindung zwischen diesen beiden Fragen sei jedoch durchaus möglich. So könnte an sich bei dem auf der Tagesordnung stehenden Punkt über die Erneuerung der Präsidenten der Untersuchungskommission diese Frage zur Behandlung gelangen. Auf die Frage, ob eine Revision des Untersuchungsprogramms des Völkerbundes zur Diskussion gelangen werde, erklärte Briand, daß hierüber keinerlei Entscheidung vorliege. An sich würde die Aufstellung dieser Frage eine Reihe von anderen Fragen nach sich ziehen und zweifellos geraume Zeit in Anspruch nehmen. Briand betonte lobend, daß die in der Presse verbreiteten Schwierigkeiten in der Untersuchungsfrage keineswegs berartig seien, wie sie vielfach geschildert würden. Er zweifelte nicht, daß sie bei einem gegenseitigen guten Willen überwunden werden könnten. Die von ihm bisher verfolgte Politik sei tatsächlich die einzig mögliche. Jeder führende Staatsmann, der diese Frage zu behandeln habe, werde diese Politik fortführen müsse. Verfragt, ob auch diesmal wieder eine Thoirybesprechung stattfinden würde, erklärte Briand, Thoiry sei in der Öffentlichkeit zu einem Wollschütztempel gemacht worden, um den völlig mögliche Gedankengänge freizulegen. Es läge keine Veranlassung vor, die Beratungen wieder in Thoiry stattfinden zu lassen.

Die Kontrollfrage vor dem Rat?

Paris, 6. Dezember. Der Rat in schließt die politische Lage kurz nach den Pariser diplomatischen Verhandlungen dahin, daß sich die deutsche Regierung verhalten haben, vom Völkerbund erneut zu verlangen, daß die Frage der Aufrüstung des Abrüstungsproblems offiziell auf die Tagesordnung der bevorstehenden Verhandlungen des Völkerbundes in Genf gesetzt werde. Stresemann behalte unbedingt darauf, daß die Frage der Militärkontrolle durch den Völkerbund vollkommen vor seiner Abreise nach Berlin geregelt werde. Chamberlain habe im Laufe seiner Unterredungen in Paris in dieser Beziehung den Standpunkt der deutschen Regierung unterstützt. Infolge der neuen Interventionen Stresemanns habe man den Eindruck gewonnen, daß sich die alliierten Regierungen damit einverstanden erklären würden und daß sich der Rat mit der Abrüstungsfrage beschäftigen werde. Was die es. tatsächliche Abberufung der IRRK. anbelange, so würden jedoch die in Genf geführten Verhandlungen nur einen offiziellen Charakter haben.

Davas über die Genfer Verhandlungen.

Paris. (Funktsprach.) In einem Genfer Telegramm der Agentur Davas heißt es heute, wenn der Völkerbundsrat seine Tagesordnung festsetze, werde Deutschland Gelegenheit haben, hinsichtlich der Untersuchungen seine politische Orientierung bekanntzugeben. Wenn es eine Forderung auf Revision des 1924 angenommenen Planes vorbringe, so sei es sehr wahrscheinlich, daß die alliierten Regierungen erklären würden, daß sie sich dieser Forderung nicht widerlegen, aber daß die Investigation doch von allen gebräuchlichen Vorstimmungen verschieden sein müßte, namentlich daß sie durch die rechtlichen Organisationen des Völkerbundes unternommen werden. Dies würde die Verlangung der endgültigen Regelung des Problems bis zur Märztagung des Völkerbundes bedeuten und hierunter werde wohl verstanden, daß die interalliierte Kontrolle fortzu dauern werde bis zur Vollendung des endgültigen Planes. Wenn dagegen die deutsche Delegation selbst provisorisch unter Vorbehalt ihres Revisionsrechts die Anwendung des Untersuchungsplanes annehme, sehe es den Alliierten frei, mit allen notwendigen Vorstimmungen schon jetzt den Zeitpunkt für die Abberufung der Kontrollkommission zu bestimmen. Deutschland habe also die Wahl zwischen diesen beiden Lösungen.

Die Völkerbundsratstagung.

Genf. (Funktsprach.) Der Völkerbundsrat ist heute vormittag zusammengetreten, um zunächst in vertraulicher Sitzung einige Fragen administrativer Art zu behandeln und die endgültige Festlegung seiner Tagesordnung vorzunehmen. Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen u. a. die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und damit im Zusammenhang der Bericht des Ratselements über die Aufhebung des Völkerbundes zur Beilegung internationaler Konflikte und die rasche Verwirklichung der Dispositionen. Außerdem die Empfehlung einer internationalen Anleihe für Danzig, dann die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, über die Reichsminister Dr. Stresemann als deut-

ches Staatsmitglied zu berichten hat, die Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet und schließlich als letzter Punkt die Ernennung der Vorsitzenden der Untersuchungskommission des Völkerbundes. In einer frühen öffentlichen Sitzung erledigte der Völkerbundsrat auf seiner Tagesordnung stehende kleinere Angelegenheiten. In der nächsten öffentlichen Sitzung am Dienstag nachmittag soll nur die Frage der bulgarischen Flüchtlingsschicksale entschieden werden.

Genf. (Funktsprach.) Der Völkerbundsrat hat in seiner vertraulichen Sitzung die Ernennung des deutschen Untergeneralsekretärs Gustav Dufour-Heronce vollzogen. Der deutsche Untergeneralsekretär tritt sein Amt am 1. Januar 1927 an und übernimmt die Leitung der Organisation für geistige Zusammenarbeit. Als weitere deutsche Mitglieder der Generalsekretariats wurden bekräftigt als Mitglied der Rechtsabteilung Dr. Barandon, bisher Mitglied des belgischen Schiedsgerichts in London, als Mitglied der Abrüstungsabteilung Kapitän Kolbe, der bereits seit einigen Monaten in dieser Abteilung arbeitet. Anstelle des ausscheidenden bisherigen Untergeneralsekretärs Hirobe-Japan wurde der Japaner Sogimura gewählt, der gleichzeitig anstelle des ausscheidenden französischen Mitglieds Mantoux die Leitung der politischen Abteilung übernimmt.

Genf. (Funktsprach.) Nach Vollziehung der Ernennung des deutschen Untergeneralsekretärs Dufour-Heronce durch den Völkerbundsrat beglückwünschte der englische Außenminister Chamberlain den Generalsekretär Sir Eric Drummond zu der Wahl seines neuen Mitarbeiters und gab gleichzeitig seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß General Dufour-Heronce infolge seiner Ernennung aus seiner bisherigen Tätigkeit an der deutschen Botschaft in London ausscheidet. Reichsminister Dr. Stresemann dankte dem englischen Außenminister für die dem deutschen Untergeneralsekretär gewidmeten Worte.

Genf. (Funktsprach.) Heute nachmittag werden die hier anwesenden Außenminister der 4 an der Besatzungsfrage des Rheinlandes beteiligten Mächte Deutschland, England, Frankreich und Belgien eine Besprechung der einschlägigen Punkte abhalten. Nach dieser Unterredung wird das italienische Staatsmitglied Scialoja mit Chamberlain, Briand und Vanderveelde getrennte Besprechungen haben.

Die Konferenz der Außenminister aufgegeben.

London. (Funktsprach.) Die Genfer Korrespondenten der hiesigen Blätter melden übereinstimmend, daß der Gedanke einer Konferenz der Minister des Reiches Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens endgültig aufgegeben sei.

Der Tagungsort der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf. (Funktsprach.) Der Generalsekretär des Völkerbundes hat dem Völkerbundsrat einen Bericht überreicht, in dem er sich im Zusammenhang mit der in letzter Zeit viel erörterten Frage der Abhaltung der Weltwirtschaftskonferenz in Amsterdam aus praktischen Gründen und insbesondere wegen der technischen Schwierigkeiten der Verlegung der für die Konferenz heranzuziehenden Organisationen des Völkerbundes dafür ausspricht, daß die Weltwirtschaftskonferenz in Genf abgehalten wird.

Das Ergebnis der heftigen Volksabstimmung.

Der Landtag wird nicht aufgelöst.

Darmstadt. Das Endergebnis der heftigen Volksabstimmung über die Auflösung des Landtages hat 202464 Stimmen für Auflösung und 219226 Stimmen gegen die Auflösung ergeben. An dem Resultat dürfte sich nach unseren Feststellungen nichts mehr ändern. Die Entscheidung der Volksabstimmung lautet daher: Keine Auflösung des Landtages.

Die Wahlbeteiligung betrug knapp 50 Prozent. Die Differenz der heftigen Wahl sowie diejenigen der entsprechenden Parteigruppierungen bei den letzten Reichstagswahlen und den letzten Landtagswahlen in Hessen ergeben folgendes Bild: Auflösungsgegner am 5. Dezember 1926 202464, Reichstagswahlen 1924 249937, letzte Landtagswahlen 248407 Stimmen. Auflösungsgegner 5. Dezember 1926 219226, Reichstagswahlen 1924 376077, letzte Landtagswahlen 376725 Stimmen. Wahlbeteiligung am 5. Dezember 1926 50 Prozent, Reichstagswahlen 1924 75 Prozent.

Darmstadt. (Funktsprach.) Nach den amtlichen Feststellungen sind bei dem Volksentscheid über Auflösung des Landtages 219 434 Reichstimmen und 202 637 Reichstimmen abgegeben worden. Die Zahl der unglücklichen Stimmen betrug 5084. Insgesamt abstimmberechtigt waren 875 316 Personen.

Zu den Entwaffnungsverhandlungen.

Berlin. Der Vorsitzende der deutschen Abrüstungskommission, General v. Pawel hat sich nach Paris begeben, um mit dem dortigen Sachverständigen die technischen Einzelheiten der Entwaffnungsfrage, die durch sachlichen Verkehr nicht so leicht zu erledigen sind, zu verhandeln.